

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Sgr. Sachsen u. Erzst. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

# Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: H. W. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Lueders, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter H. S., S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergzugs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreizehnpaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 78 Mittwoch 8. Juli. 1874.

## Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

- Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.
- Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:
  - Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
  - Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
  - Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
  - Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
  - In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
  - In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinbarkeiten gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.
- Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:
  - Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
  - Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
  - Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
  - Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
  - Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
  - Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
  - Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Hochverbrechengerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
  - Abschaffung aller Press-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshandarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
  - Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
  - Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

## Zur Aenderung des Parteiprogramms.

In der Mittwochszahl (75) findet sich folgender von dem Unterzeichneten ausgehender Vorschlag:

„Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß auf möglichst friedlichem Wege die Reformierung der Gesellschaft eingeleitet wird durch Aufhebung des Erbschafts- und Einkunftsrechts demokratischer Behörden zur Controlirung der Durchführung dieses Gesetzes und zur planvollen Regelung der ökonomischen Übergangszustände.“

Es kommt darauf an, sich zu vergewissern, ob sich mit dem vorgeschlagenen Satze eine klare Vorstellung verbinden läßt. Es mag das geschehen, indem wir uns vier Fragen beantworten: I. Worin besteht das zur Erbschaft kommende Vermögen? II. Wie wäre die Entziehung dieses Vermögens aus der Vererbung durch eine Controlcommission zu verhüten? III. Wie wäre das dem Gemeinwesen angeerbte Vermögen durch eine Finanzcommission zu verwerten? IV. Wie würde das Resultat dieser Einrichtungen sich zu der sozialistischen oder richtiger communisistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft verhalten?

I. Das vererbte Vermögen ist in seiner Totalität folgender Einteilung unterworfen. 1) Staatsschulden. 2) Privatschulden. 3) Baars Geld. 4) Waaren. 5) Häuser, Gärten und Zehnten. 6) Mobiliar. 7) Gegenstände mit Affektionswerth. 8) Patente und Manuscripte mit Verlagsrecht. 9) Fabriken. 10) Landwirtschaftliche Grundstücke. 11) Forsten, Gärten und Weinberge. 12) Bergwerke und Verwandtes. Als Vermögens-

klassen, die nicht unter den Begriff Eigenthum fallen, aber doch durch Erbschaft oder in einer für den fraglichen Antrag der Vererbung gleichzeitigen Weise beim Todesfall ihres Besitzers auf andere Personen unverändert übergehen, muß man noch hinzufügen: 13) Ufufaktus\*) in einigen Fällen. 14) Renten in einigen Fällen. 15) Genuß derjenigen Stiftungen, welche eine gewisse Familienangehörigkeit bei ihrem Nutznießer voraussetzen. 16) Fideicommissarischer Besitz.

Diese Einteilung weicht ein wenig ab von der bei den Juristen üblichen. Sie scheint uns jedoch so praktischer. Uebertragungen aus der einen Klassenliste in die andere können ohne Unständlichkeit ausgeführt werden. Von Aktien und Hypotheken ist es klar, daß sie bei Nr. 1 und 2 unterzubringen sind.

Bei Ueberblick obiger Aufzählung fällt sofort auf, daß Nr. 7 hier materiell gar nicht in Frage kommt. Für Sündenfälle dieser Art das Erbrecht anzuhängen, wäre Brutalität. Die Feststellung der Gegenstände freilich, die in diese Rubrik fallen, könnte unmöglich der guten Treue des natürlichen Erben überlassen bleiben. Der Tauschwerth des Gegenstandes müßte mit seinem Wachsen die Fähigkeit desselben, als Affektionswerth anerkannt zu werden, vermindern, doch nicht ganz ausrotten. So hochwerthvolle Vermögensobjekte, wie das Babelberger Schloß und das Charlottenburger Kaufmannshaus dürften wohl als Affektionswerthe im dauernden Besitz der Familie Hohenzollern belassen werden, während ein schlechtes Delinquat als gemeines Erbschaft behandelt werden müßte, wenn sein präventiver Affektionswerth nicht besser qualifiziert wäre, als der des „Bildes meiner Mutter“ in der bekannten Komödie „Tricouche und Cacouet“.

II. Das Bestreben, ein fragliches Vermögen der Vererbung zu entziehen, kann sich durch folgende Methoden geltend machen: 1) Durch scheinbare oder wirkliche Verschlebung bei Lebzeiten. 2) Durch Auswanderung. 3) Durch die Anlage des Kapitals im Auslande, wo der Erbe sich desselben bemächtigen kann, ohne von der heimischen Regierung daran behindert zu werden. 4) Durch die Veräußerung an auswärtige Eigentümer, eine Methode, die besonders dadurch leicht in Ausführung kommen könnte, daß auswärtige Speculanten angereizt würden, sich das Sinken der Preise zu Nutze zu machen, welches bei Annahme unserer Bill für eine Reihe von Wertgegenständen im Inlande eintreten würde. 5) Durch die Anlage des Vermögens auf Leibrente. 6) Durch Verjübelung. 7) Durch Abholzung, Abplattung und Raubbau der Vermögen aus den Klassen 10, 11, 12.

Diesen verschiedenen Methoden gegenüber müßte das Verfahren der Controlcommission ein verschiedenes sein.

Gegen die Methoden 2, 3, 4 wäre der Versuch einer bloßen Ueberwachung undurchführbar. Jedes Geschäft müßte in diesem Falle doppelt gemacht werden; ein kolossaler Mehraufwand von Arbeitskraft und eine tödtliche Verschleppung der wichtigsten Entscheidungen würde eine entsetzliche Herabminderung des Rationalnöhstandes zur Folge haben. Sollte aber auch dies sehr große Opfer gebracht werden, so würde mit demselben dennoch der gewollte Zweck nicht zu erreichen sein. Die ganze Einrichtung wäre schließlich nur die Prämirung des Betrugs, ähnlich der englischen Einkommensteuer und der nordamerikanischen Umsatzsteuer.

Hülfe wäre geschafft, sobald die Controlcommission ein Klagerecht im Auslande gegen alle Uebertretungen dieses heimischen Gesetzes gewönne. Das ist aber nur möglich, wenn das Gesetz die Erweiterung erhält, daß alles Kapital, welches mit dem Auslande in Verkehr tritt, eo ipso seinen privatrechtlichen Charakter verliert und Staatseigenthum wird. Der bisherige Eigentümer braucht darum anderen Eigentümern gegenüber durchaus nicht in die Lage zu kommen, als wenn man ihn noch bei Lebzeiten nicht nur formell, sondern auch materiell expropriirt. Ihn in eine solche Lage zu bringen, wäre theils sehr ungerecht, theils sehr unklug, da alsdann sofort ein völliges Sinken des Großhandels eintreten müßte. Er wird vielmehr sein bisheriges Eigenthum fortverwalten in derselben Weise, wie der Freigekaufte des altrömischen Rechts sein ihm vom Herrn zugewiesenes poenium. Er wird aber nichts von demselben seinem Herrn, dem Gemeinwesen, entwenden können, ohne daß dieser im Stande wäre, das Geräubte überall in der gebildeten Welt auf privatrechtlichem Wege zu vindiciren. Ein vereinzelter und schwacher Staat in dieser Lage würde zwar häufig auf Rechtsüberweigerung stoßen, es liegt aber in der Internationalität unserer Bestrebungen, daß die gewaltsame Erzwingung der fraglichen Ansprüche, wenn überhaupt einmal praktisch versucht, auch kein isolirtes, hoffnungsloses Unternehmen mehr sein könnte. Der Weg des betrügerischen Bankrotts, der als besondere Spielart von Nr. 3 auch für diese Lage noch empfehlenswerth erscheinen könnte, würde dem Staat sehr leicht eine Dolusklage an die Hand geben, da die Uebersicht über alle gemachten Geschäfte selbstverständlich in regelmäßigen Terminen und außerordentlicher Weise im Fall der Zahlungsinstellung und des dringenden Verdachts der Commission vorzuliegen wäre, eine nachträgliche Einsicht in die vollführten Einzelzüge aber bei der Machtstellung einer solchen Commission nicht überschwer sein könnte. Wirkliche Calamitäten würden durch eine gegenseitige Versicherung des ganzen auswärtigen Handels gegen solche — wie sie aus der Natur des einheitlichen Eigenthums des ganzen in Frage kommenden Vermögens sich von selbst ergibt — annähernd unschädlich gemacht sein.

Gegen Methode 7 würde dieselbe Maßregel zu ergreifen sein, wie gegen die Methoden 2, 3, 4 — nur mit dem Unterschiede, daß hier die Jahreswirtschaft im Herbst vorher von der Com-

mission gebilligt werden müßte, da ein etwa angerichteter Schaden sich nachträglich nicht mehr gut machen ließe. Veruntreuung bei der Ausführung des sanctionirten Planes hätte die sofortige, unnachlässige Entziehung des Befähigens von der Nutznießung seines Befähigungs zur Folge, natürlicher Weise mit Einziehung des ganzen sonstigen Besitzes, den er etwa aus seiner Veruntreuung erzielt hätte. Derartige Delicte würden also bald genug aufhören. Erwägte Befreiung der Commission, die grade auf diesem Gebiet sehr stark versucht werden dürfte, erwiese sich in Folge der streng demokratischen Einrichtung der Commission als unpraktisch.

Gegen Methode 5 wäre das einfache und durchschlagende Mittel die Monopolisirung des Leibrentengeschäfts für den Staat. Die Finanzcommission hätte die Verwaltung sofort zu übernehmen.

Gegen die Methoden 1 und 6 fehlt es an ganz sicheren Schutzmitteln völlig. Methode 1 läßt sich beschränken dadurch, daß Schenkungen, welche ein gewisses Maß — zu bestimmen durch die Proportion des Betrages der verschenkten Summen zu dem Betrage des Gesamtvermögens des Schenkers und zu der Länge des Zeitraums, welcher zwischen den Terminen der einzelnen Emissionen verfließen ist — welche also ein solches Maß überschreiten, nachträglich für ungültig erklärt und praktisch rückgängig gemacht werden können. Radikal wird die in Rede stehende Umgehung dadurch aber nicht zu unterdrücken sein. Jeder Versuch, der Verjübelung entgegenzutreten, würde vollends zum Pöbellichen und zur Tyrannei führen. Es ist nun aber wohl zu bemerken, daß der so entstehende Schaden insolge des Menschen angeborenen Egoismus und der allgemeinen blinden Hoffnung auf ein längeres Leben, als man wirklich zu erwarten hat, kein sehr bedeutender werden kann. Dieser verhältnißmäßig geringe Ausfall kann aber für die spätere Entwicklung der Gesellschaft gerade von eigentümlichem Nutzen sein, wie weiter unten gezeigt werden soll.

Blicken wir mit der Erinnerung an das eben Bemerkte nun auf die oben aufgeführte Reihe der Vermögensklassen zurück, so beobachten wir noch folgendes:

Da der Handel mit auswärtigen Staatsschuldscheinen und Aktien unter die Rubrik des Verkehrs mit dem Auslande fällt — in derselben Weise wie der Wechselverkehr —, so würde die Börsenspielerlei mit solchen Papieren fast ganz aufgehoben, da ein jeder derartige Gewinn nur auf der Calamität des Mitspielers beruht, diese selbst aber den Gewinner nach dem Obigen mitbetrifft; denn gegen Calamitäten im auswärtigen Handel sollte ja, wie bemerkt, eine allgemeine gegenseitige Versicherung stattfinden.

Die oben geforderte Entscheidung über die als Klasse 7 aufgeführten Vermögensobjekte siele offenbar auf die Schultern der Controlcommission. Die als die Klassen 13, 14, 15, 16 aufgeführten Einnahmequellen wären der Gleichartigkeit wegen so umzugestalten, daß ihr rückständiger Ertrag für den derzeitigen Nutznießer demselben in Form einer lebenslänglichen Rente oder einer einmaligen Zahlung aus dem Betrage des zu Grunde liegenden Vermögens ausgekehrt, dieses selbst aber als sofort dem Gemeinwesen angeerbt, der Finanzcommission überwiesen würde. Die dazu erforderlichen Operationen gehörten ebenfalls noch zu den Aufgaben der Controlcommission. (Schluß f.)

## Politische Uebersicht.

— Dummheitsspekulanten. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, in deren Gewerbe auch die Verächtigung der Sozialdemokratie und die stereotypen Lüge von einem „Bunde der Schwarzen und der Rothhen“ gehört, erst kürzlich eine chronologische Zusammenstellung der sozialdemokratischen und ultramontanen Congresse gebracht und daraus gefolgert hat: „Man sieht, die Instructionen des Dr. Marx und des Pater Beck bewegten sich in vollendeter Harmonie.“ In seiner neuesten Nummer dagegen jammert dasselbe Leibblatt Bismarcks über die „revolutionären“ Beschlüsse einer Mainzer Katholikenversammlung und schreibt dazu:

„Aber — so bemerkt der Brüsseler „Nord“ mit Recht — wenn Herr von Ketteler und seine ultramontanen Freunde wirklich geneigt sind, diesen Weg zu betreten, so werden sie bald begreifen, daß von allen für die Kirche enträumten Allianzen die des Sozialismus die am meisten illusorische und auch am meisten gefährliche ist. Die deutschen Sozialisten werden jedenfalls allen Bemühungen des Klerus, die Autorität der Behörde zu zerstören, aus vollem Herzen Beifall zollen, aber sie werden sich sehr hüten, zu dem von den Organen des Vatikan entwickelten Programme beizutragen. Von allen Klassen der Gesellschaft sind die Arbeiter in den großen Städten unweifelhaft den katholischen Ideen am meisten abgeneigt und es wären wohl andere Dinge nöthig, wie die Broschüren des Herrn von Ketteler und die Reden einiger Hülfskräfte, um die Arbeiter zu überzeugen, daß der von den Ultramontanen geforderte absolute Gehorsam mit jenen materiellen Ansprüchen vereinbar ist, welche das Wesen des sozialistischen Programms ausmachen. Der Vatikan hat die „Christliche Demokratie“ niemals ernsthaft genommen. Der römische Hof weiß besser als irgend Jemand, daß die Champions der politischen und sozialen Revolution nicht mit den Partisanen der Unschicklichkeit fraternisiren, und es will und wenig wahrscheinlich dünken, daß das Papstthum die Hülfskräfte, welche Herr v. Ketteler für den Dienst des Ultramontanismus anwerben will, allzu freundlich empfangen würde.“

So der „Nord“, dessen Worten wir nur noch einen Hinweis auf Paris hinzusetzen wollen, wo fast bei jeder „Verbesserung“ der politischen und sozialen Staatsform durch die Massen ein Erbschloß und verschiedene Mitglieder des Klerus zum Opfer fielen.“

\*) Affektionswerth ist solcher Werth, den man einer Sache aus besonderer Vorliebe für dieselbe zuerkennt.

\*) Ufufaktus.

So viel des Unsinns auch in Vorstehendem enthalten sein mag, eines geht mir unantastbarer Sicherheit daraus hervor: Die „Saubirten“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welche seit Jahren das Bestehen eines Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und Ultramontanismus behaupten, sind entweder bisher zu dumm gewesen, um die aus den Prinzipien der beiden Parteien entspringende Unmöglichkeit eines „Bündnisses“ zu begreifen, oder sie haben die Griffligkeit des „Bündnisses“ wider besseres Wissen behauptet. Wir können unsern Lesern überlassen, zu entscheiden, in welchem von diesen beiden Fällen sich das Bismarck'sche Blatt den höchsten Anspruch auf die Dankbarkeit des Reptilienfonds erworben hat.

Wie übrigens das Pabsttum dieses Blattes, das zum größten Theil aus „Heldensöhnen“ innerhalb der bekannten „Genossenschaft von Ehrenmännern“, d. h. aus Offizieren und sonst meistens aus reaktionären Beamten und Junkern besteht, beschaffen ist, zeigt eine in derselben Nummer enthaltene Schilderung, wie ein schlesisches Kurassierregiment (die Offiziere allein natürlich!) „Spizbuben in Waffen“ haben bei solchen Festen nichts zu thun! sein Jubiläum feiert. In der „Festrede“ kommt folgender Satz vor: „Und nun fordere ich Sie, meine alten Waffengebrüder auf, mit mir in den Wunsch einzustimmen, daß, wenn nach wieder hundert Jahren die Feier unter der Regierung der Hohenzollern wiederkehrt, die Liebe zu König und Vaterland, der ritterliche Geist, der Sinn für Tapferkeit und Keiterei ebenso im Regiment wohnen möge, wie es heut davon besetzt ist.“

In hundert Jahren unter der Regierung der Hohenzollern ein Kurassierregiment! Haha!  
Ein Pabsttum mit solchen staltduftenden Redensarten hat wohl „Sinn für Keiterei“, aber niemals für Sozialismus und Arbeiterbewegung. Darum haben die „Saubirten“ der „Norddeutschen Allgemeinen“ ein so leichtes Gewerbe!

Der Kulturkampf hat soeben eine köstliche Beleuchtung gefunden, die allerdings unseren Herren Nationalliberalen nicht sonderlich zusagen wird, da sie den Effekt des täuschenden bengalischen Feuerwerks, mit dem sie sich und das Pabsttum seit Jahren zu amüsiren bemüht sind, vollständig zerstört. Und von kompetenter Seite kommt die Beleuchtung — von keinem Eringeren als dem durch seine frommen, nach ans Zuchthaus anstreichenden, darum aber um so verdienstreicheren Geschäftunternehmungen berühmten Pastor Quistorp aus Duderow — einem „klassischen Zeugen“ im eminentesten Sinne des Wortes. Dieser nicht „dunkle Biedermann“ wurde von Stumpeln hinsichtlich des „Kulturkampfes“ gequält, und als lokaler Unterthan resolvierte er sich, den Stier bei den Hörnern zu nehmen, resp. dem „Molke des Kulturkampfes“ persönlich auf den Leib zu rücken und von ihm „Ausschlöß und Verhöhnung über manche lange Sorgen und Fragen“ zu erbitten. Der Kulturkampf-Molke bewilligte seinem genialen Unter-Kulturkampfgeneral die Audienz und besetzte ihn gründlich von allen nagenden Zweifeln. Ehren-Quistorp schreibt über die denkwürdige Unterredung der zwei würdigen Kulturkampfhelden wie folgt:

„Aus der Viertelstunde, die ich erbeten hatte, wurden 2 1/2 Stunden der gegenseitigen offenen Aussprache, Stunden, die ich zu den denkwürdigsten meines Lebens zähle. Die Discretion verbietet es mir, Einzelheiten dieser Unterredung und einzelne Auserungen des Herrn Kultusministers hier mitzutheilen. Nur das darf ich sagen, weil er es selbst dringend zu wünschen schien, daß nach diesen beiden Seiten die Befürchtungen der evangelischen Geistlichkeit und aller ernstlichen Christen zerstreut werden: von dem neuen Unterrichtsgesetz keine religiöse, oder auch nur konfessionslose Volksschule zu besorgen, ist nach der bündigen Versicherung des Ministers thöricht. Selbst auf den Gymnasien wird ein konfessioneller Religionsunterricht obligatorisch bleiben. Ebenso dürfen wir getrost die Kreissynoden beibehalten und in die Provinzialsynoden wählen, ohne Befürchtungen zu dürfen, durch Beschlüsse über Kirchenzuchtmaßnahmen u. dergl. das ganze Verfassungswerk durch den Landtag in Frage gestellt zu sehen. Auch seine Auserungen in Bezug auf bessere Dotirung der geistlichen Stellen bekundeten ein sehr warmes Herz für die evangelische Kirche und ein großes Gerechtigkeitsgefühl. — Genug, mit recht erleichtertem Herzen durfte ich mich von Sr. Excellenz verabschieden und ward mit warmem, biederem Händedruck entlassen.“

Wir empfehlen die kostbare Scene einem gesinnungstüchtigen Maler à la Kaulbach, der den „Kulturkampf“ der Herren Stieber, Bismarck, Wagener, Falk, Quistorp und Co. bildlich zu verherrlichen Neigung und Beruf in sich verspürt. Es war eine Scene für Götter und — Reichsfeinde“. Der Leipziger „Anstaltsdame“ aber mag's schwarz vor den Augen geworden sein: „Nachbarin, Euer Kläffchen!“

Zur „Ausmerzang der alten Leute“, die bei den Braunschweigischen Eisenbahnen bekanntlich nach dem Rathschluß der Herren Bourgeois vorgenommen werden soll, gibt der „Braunschweiger Volksfreund“ nachstehende lebendige Beispiele:

Der 69jährige Bahnwärter Fride in Peiffersde ist bei den Braunschweigischen Bahnen seit dem 1. August 1837 als Bahnarbeiter beschäftigt und seit dem 1. Dezember 1838 als Bahnwärter angestellt. Am 1. October 1873 wurde er mit einer monatlichen Pension von 4 1/2 Thalern pensionirt. Er begann den Bahnwärterdienst mit 10 Gr. Lohn pro Tag und stieg derselbe bis 15 Gr. Freie Wohnung oder sonstige Emolumente gab es nicht. Erst in den letzten Jahren wurde die Uniform umsonst geliefert. Selbst die Graspackung an den Böschungen mußte besonders bezahlt werden. Wohl aber gehörte es zu den Annehmlichkeiten des Dienstes, daß bei den geringsten Versuchen Strafgeißel in Abzug gebracht wurden. Dabei hatte Fride monatlich 25 Gr. für Kranken- und Pensionkasse zu zahlen. Dieses war das Loos des ständig Angestellten.

Jetzt wollen wir andererseits das Loos der „staltirenden“ Arbeiterbevölkerung betrachten. Am 1. August 1837 wurde im Rüniger Thale der erste Spatenstich zu den Braunschweigischen Bahnen gemacht. Der jetzige Bahndirektor Steigerthal und der Eisenbahnaumeister Wittendorf waren damals bereits beim Bahnbau thätig. Von diesem 1. August 1837 an war der Eisenbahnarbeiter Helms ununterbrochen bei der Bahn beschäftigt, aber er gehörte, wie Herr Pöhlner dem Bürgerverein so schon andauernd sagte, zu dem staltirenden Arbeiter-Gros. Er zahlte zwar seine Beiträge zur Krankenkasse regelmäßig, aber vielmehr sie wurden ihm vom Pöhne abgezogen, aber er mußte ja auch wissen, daß er täglich entlassen werden konnte, was das es also Wunder nehmen, daß man ihn vor etwa 14 Tagen, er wird im September 76 Jahre alt, entließ. Er war verhältnismäßig tüchtig (arbeitet der Arbeiter doch meistens, bis er dem Tode verfallen ist) und war mit dem Schraubennachziehen bei den Schienen beschäftigt. Der Mann hatte mit 7 1/2 Gr. pro Tag begonnen und hatte es bis auf 15 Gr. gebracht. Warum hatte er nicht gespart, um sich ein

sorgenloses Alter zu verschaffen? Wenn die Bahnverwaltung ihn entläßt, wer darf es der Atmungskraft verargen! Sie hat ihn ja doch nur für heute zu morgen angestellt. Er glaubte allerdings, daß es nicht möglich wäre, daß man ihn nach 37jähriger Arbeit vor die Thüre stoßen könnte, wie man es doch nicht mit einem alten Hunde oder Pferde, das einem treue Dienste geleistet hat, thut.

Der alte Mann war in Verzweiflung. Er wandte sich an den Eisenbahnaumeister Wittendorf (der Mann scheint für die neue Zeit des Selbsterthums noch kein richtiges Verständniß zu haben), und den Bemühungen des Herrn Wittendorf ist es zu danken, daß der alte Helms vor 8 Tagen wieder in Arbeit angenommen wurde. Aus Fürsorge für den alten Mann wies man ihn in die Arbeiter-Kolonnen, wo er freilich jetzt nur 12 1/2 Gr. pro Tag erhält.“

Der Braunschweigische Bankdirektor und Stadtorordnete Hänsler hatte nämlich gesagt, daß sich die „Ausmerzang“ nur auf die „staltirenden“ (ab und zu gehende) Arbeiterschaft beziehe. Oben wird die Situation beider Kategorien geschildert.

Es genirt natürlich die Herren Bourgeois nicht im Mindesten, daß die Arbeiter seit vierunddreißig Jahren ihre ganze Lebenskraft dem Vortheil der Bahn gewidmet — sie werden „ausgemergt“ oder mit einem Hungerlohn, zum Leben zu wenig, zum Sterben noch nicht einmal zu viel, „pensionirt“! Warum werden sie auch alt und schwach? „Das ist nicht unsere Schuld“, wird Herr Hänsler sagen, „also weg damit!“ Wer an der Dividende schuld ist, danach hat freilich noch Niemand gefragt.

Fälscher. In ihrer Nummer 147 bespricht die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ eine Schrift des bekannten „Deutschamerikaners“ Friedrich Kapp, den seine Bismarckerei glücklich in den Reichstag gebracht hat. Die Schrift betitelt sich: „Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts.“ Das Werk hat uns nicht vorgelegen. Wir müssen uns daher daran halten, was die „Nordd. Allgemeine“ darüber sagt, und da lesen wir:

„Die ganz Mißere des kleinstaatlichen Hof- und Regierungswesens des vorigen Jahrhunderts mit all seinen Kavalen und Intrigen, seinen kleinlichen Zwicken, seiner verschwenderischen Geld- und Wairressenwirtschaft enthält sich vor unsern Blicken; ebenso das kleinstaatliche Militärwesen.“

Die „Norddeutsche Allgemeine“ ist sichtlich bemüht, den Glauben zu erwecken, als ob obige Untugenden nur bei den Kleinstaaten vorgekommen seien. Es ist zweifellos von Verdienst, die schmälliche Hofwirtschaft der kleinen Kurfürstenthümer des vorigen Jahrhunderts zu brandmarken; man darf dabei nur nicht in den Fehler verfallen, daß man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Nach der Recension der „Nordd. Allgemeinen“, die noch einen Brief des „alten Freig“ hinzusetzt, in welchem dieser den an England verkauften Truppen seines Neffen, des Markgrafen von Bayreuth, den Durchmarsch durch seine Staaten verweigert, könnten harmlose Gemüther fast glauben, es habe sich der „Großstaat“ Preußen wirklich niemals mit dem Soldatenhandel befaßt. Die Recension ist sogar augenscheinlich darauf berechnet, diesen Glauben zu erwecken. Und in diesem Sinne liegt hier wiederum der Versuch einer frechen, absichtlichen Geschichtsfälschung vor.

Preußen hat sich allerdings mit dem Soldatenhandel befaßt. Der preussische Soldatenhändler fällt zwar in das letzte Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts und die preussischen Landesfürsten wurden nicht nach Amerika, sondern an europäische Fürsten verschickert; aber der Schacher mit Kanonenfutter ist Thatfache. Der Nachfolger des „großen“ Kurfürsten, Kurfürst Friedrich III. (später als erster preussischer König Friedrich I) verkaufte 6000 Landeskinder an Wilhelm von Oranien und die Summe von 150,000 Thlrn., und weitere 6000 „braue Unterthanen“ verkaufte er um 150,000 Thlr. an den Kaiser Leopold von Habsburg, die unter dem Markgrafen Ludwig von Baden 1691 die siegreiche Türken Schlacht von Salankemen mitschlugen. 1706 schleppte der „alte Dessauer“ ein preussisches Armeecorps bis nach Turin, was auch nicht viel besser als verkauft war. Daß dieser brave Kurfürst und spätere König Friedrich keine Unterthanen an die Engländer nach Amerika verkaufte, rührt einfach daher, weil zu seiner Zeit in Amerika Niemand gegen die Engländer Krieg führte, ergo diese auch kein deutsches Kanonenfutter nöthig hatten.

Wir, die wir eben so entschiedene Gegner der Kleinstaaterci wie des Großmachtschwindels sind, könnten noch Beispiele genug anführen, daß die heutigen „Großstaaten“ eben nur vergrößerte „Kleinstaaten“ sind, entsprungen aus denselben feudalistischen Verhältnissen und behaftet mit denselben Uebeln. So ist auch die Wairressenwirtschaft keine ausschließliche Domäne der Kleinstaaten gewesen, und wenn wir auch wissen, daß der durch seine „langen Kerle“ und sein Tabakcollegium „berühmte“ Vater des alten Freig ein Fräulein von Dönhoff, wenn wir uns im Namen nicht irren, nur deshalb nicht zu seiner Wairresse machte, weil sie ihm bei der Stellung eines bezüglischen Antrags eine Ohrfeige gab, so wollen wir doch die Geschichte über die Wairressenwirtschaft in den „Großstaaten“ für heute schweigen lassen. Ein andermal vielleicht mehr.

Statistisches. Man hat von England gesagt, es sei eine große Stadt, und die übrige Welt das dazu gehörige Land. Ähnlich wie England zur Welt, verhält sich Sachsen zu Deutschland. In einem Aussage Dr. Petermanns, betitelt „Das sächsische Volk“, welchen das neue Dresden'sche Blatt „Debatte“ in seiner Probennummer veröffentlicht, wird dies wie folgt ausgeführt und statistisch begründet:

„Sachsen ist überhaupt kaum ein Land zu nennen, nicht weil es ihm an Areal gebricht (Mecklenburg ist noch kleiner und doch in so eminentem Sinn ein „Land“, wie nur irgend eins gedacht werden kann), sondern weil Grund und Boden nur in sehr beschränktem Maße die Existenzbasis des Volkes ausmachen.“

Daß Sachsen ein „sehr industrielles Land“ ist, weiß alle Welt; aber in wie hohem Grade dies zutrifft, davon haben wir die Wenigsten auch nur eine annähernde Vorstellung. Die Viehzählung vom 10. Januar vorigen Jahres wies im ganzen 100,000 landwirtschaftl. Viehbesitzer aus, also nicht mehr als ein hunderttausend Ackerbaufamilien auf fünf hunderttausend Familien überhaupt, welche durch die Volkszählung vom 1. Dec. 1871 in Sachsen ermittelt wurden! Das gäbe schon ein Verhältnis zwischen Ackerbauern und Nichtackerbauern, wie es zwischen den ungefähr gleich starken Bevölkerungen des Paris einschließenden Departements (Seine et Oise) einerseits und der französischen Hauptstadt, resp. dem Seinedepartement, andererseits besteht.

Aber diese Ziffern bringen das wärrliche Verhältnis noch keineswegs vollkommen zu Tage. In der letzten Verfassungstatistik Sachsens (vom 1. Dec. 1861) finden sich nicht mehr als 40,000 Gutbesitzer und 20,000 Besitzer von Gütern- und Häuslernahrungen

aufgezeichnet. Darin ist offenbar alles begriffen, was Landwirthschaft in irgend nennenswerthem Umfang treibt. Die 40,000 „Landwirthe“, welche zur Erfüllung der mitgetheilten Ziffer von 100,000 fehlen, können nur unter den Tagelöhnern gesucht werden, die für den nothwendigsten eigenen Bedarf ein paar Beete in Kartoffeln bestellen, eine Annahme, welche in der Thatfache ihr anderweitige Beschäftigung findet, daß vor 21 Jahren der vierte Theil aller ansässigen Viehbesitzer aus Leuten bestand, die noch nicht einen Acker Landes ihr Eigenthum nennen konnten. Es liegt auf der Hand, daß es diesen Leuten unmöglich ist, nur zur Ernährung Anderer beizutragen, daß sie im Gegentheil, gleich vielen Häuslern, zur Ergänzung ihrer eigenen Bedürfnisse anderwärts und zwar größtentheils industrielle Thätigkeit anzuweisen sind. Und so ist es dem Besitzstande nach der zehnte Theil der Beschäftigung nach vielleicht der sechste Theil der Arbeit des sächsischen Volks, der im Ackerbau seine Verwendung findet.

Unter solchen Umständen ist natürlich für Sachsen an Selbstergänzung des Brodbedarfes im Lande nicht zu denken. Sachsgleich thätiglich mehr einer weitläufig gebauten großen Stadt mit einer mächtigen ackerbau-treibenden Gemarkung als eines „Landes“ im eigentlichen Sinne.“

Die von Petermann angeführten Ziffern werfen beiläufig auf ein großes Schlaglicht auf den Stand der Grund- und Bodenfrage in Deutschland.

Ein ächtes Berliner Kulturbild schildert die „Vollzeitung“ vom 2. Juli:

„Am Sonnabend früh wurden die Bewohner Schönebergs von einem ganz eigenthümlichen Anblick überrascht. Zweiundzwanzig Jungfrauen, deren Keuheres jede Zweideutigkeit ausschloß, saßen auf einem Kremsler daher, auf der vordersten Reihe der Katscher, ganz im Quirlanden bedeckt, auf dem Schoß ein Faß Bayrisch, rechts neben ihm eine Emanzipirte, welche das Gefährt führte, links eine Bacchantin, die einem verstimmten Leierkasten die greulichsten Töne entlockte. Nicht einer der Damen fehlte der Glühmützel im Munde. Fort ging's nach der Fischerhütte.“

Die Abwechslung ist nicht übel, nachdem „andere Leute“ die guten Berliner so oft zu Wagen überrascht haben. Man muß sich auch die Rehrseite der Medaille ansehen.

Auf der Rothenburg bei Münster in Westphalen kam Nachts eine fröhliche Gesellschaft, bei der sich ein Unteroffizier befand, bei einem Offizier — der Name ist leider bis jetzt verschwiegen — vorüber, der von seinem Fenster aus die Gesellschaft zur Ruhe aufforderte, widrigenfalls er schießen würde. Es ist weiter nur bekannt, daß der Offizier wirklich schoß und den Unteroffizier durch den Kopf traf. Der Berlepte soll noch nicht gestorben sein; der Offizier ist verhaftet worden.

Der „kriegerische Geist“, der mit der „neuen Aera“ eingezogen entwickelt sich immer herrlicher und der französische Krieg unsere Heldensöhne mit solcher „Bravour“ erfüllt, daß sie einen Menschen mit derselben Gemüthsruhe niederschleßen, wie sie einen Sperrling vom Dache holen würden. Wieder ein Schritt näher zum „Musterstaate“ Dahomey!

Zwei große Organe der Fortschrittspartei, die „Rheinische Zeitung“ in Köln, welche der zum Bismarcker bekehrten Klassen-Kappellmann herausgab, und die „Mittelrheinische Zeitung“ in Wiesbaden, welche der Exkommunist und Bettelpatriot Bürger redigirte, sind den Weg alles Fleisches gegangen. Die „Rhein. Ztg.“ erklärt rund heraus, daß die Partei sie „nicht unterstützt“ habe. Es ist sehr bezeichnend, daß die Fortschrittspartei, deren Mitglieder zum größten Theil dem „Stand“ der Kapitalisten angehören, nicht einmal zwei ihrer so wenigen Organe vom Tode retten kann. Und wo in Bezug auf den Geldbeutel eine solche Fröhsigkeit herrscht, will man sich den Ansehen geben, „für das Volkswohl mit Hinfanzung des eignen“ thätig zu sein! Wir hätten eher, Herr Dunder wird sich freuen, daß er zwei Concurrenten für seine „Volkszeitung“ los geworden ist.

Aus Klagenfurt schreibt die „Arbeiterwochenchronik“ in Pest:

„Der Prozeß gegen das „Socialpolitische Volksblatt“ ist nun endgültig entschieden. Die wir erfahren, hat der oberste Gerichtshof die eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen. Gustav Fernkorn bleibt verurtheilt zu drei Monaten Arrest verbunden mit einem Fasttage in jedem Monate, und nachheriger Ausweisung für ewige Zeiten aus Kärntens Gefilden. Die Ausweisung ist für unseren Genossen Fernkorn um so empfindlicher, da er sich in Klagenfurt ein Geschäft erworben hat und nun einen bedeutenden materiellen Schaden erleidet.“

Diese „ewigen“ Ausweisungen der österreichischen Behörden geben einen trefflichen Stoff ab für die Wigblätter künftiger Zeiten!

Zur Charakteristik der englischen „Arbeiterführer“. Die letzte Nummer (117) des in London erscheinenden „Republican Herald“ (früher „International Herald“) enthält folgende Warnung: Es gibt hier eine Horde von Diebstahlern und Werkzeugen der zwei herrschenden politischen Parteien. Sie dienen derjenigen Partei oder Person, welche ihnen für ihre Dienste das meiste Geld vorausbezahlt. Sie thun nichts, ausgenommen für Geld oder um Reklame für sich zu machen. Jedes Individuum dieser Horde strebt nach einem Sitz im Parlament als Mittel, um höhere Zahlung und größeres Vertrauen zu erlangen. Das Schlimmste ist: Creaturen dieser gemeinschädlichen Horde haben viel Tausende von Arbeitern so verblendet, daß sie von denselben in Stellungen gewählt worden sind, wo sie das größtmögliche Unheil anrichten können. Es thut noth, dringend noth, die Arbeiter zu warnen! Sie sind verathen! Auch ist einer der braven und ehrlichen „Führer“, welche die Diplomaten nicht beschrecken können. Allein unter den „Führern“, die sich in London breit machen, sind nur wenige, die nicht seit Jahren ihre Seelen dem Weisheitsdienenden, dem Teufel verkauft hätten. Mehr demnächt! Längeres Schweigen wäre Verbrechen.“

Wir wollen schwen, mit welchen „Enthüllungen“ der „Republican Herald“ ausarten wird. Ob Arch das ihm gespendete Zeugniß der Ehrlichkeit verdient, lassen wir dahingestellt sein. Nur zwingende Gründe können uns veranlassen, unser wiederholt ausgesprochenes, auf eine Reihe von Thatfachen sich stützendes Urtheil über diesen „Arbeiterführer“ umzustossen. Jedenfalls ist eine Notiz in derselben Nummer des „Republican Herald“ nicht dazu anzugehen. Sie lautet: „Arch. Von der „Union“ (der Arch'schen Landarbeiter-Genossenschaft) sind 1000 Pfund Sterling bewilligt worden, um die ausgesparten Arbeiter ins Exil zu schicken (nach Amerika oder Australien). Diese Verbannung ist eine Niederlage — ein Rückzug, kein Sieg. Arch ist ein Mann von unzweifelhafter Ehrlichkeit, aber die geschäftigen Agenten, genannt „National“

Donomen\* (Volkswirtschaftler, Harmonicapostel) haben ihn ver-  
rathen." So der "Republican Herald". Daß die englischen  
Landarbeiter verrathen worden, ist sicher; ob Arch ein bewußter  
oder unbewußter Verräther, ist ganz gleichgültig. Verrath ist  
Berrath. — In einer dritten Notiz warnt der "Republican Herald"  
die englischen Kohlenarbeiter vor Macdonald, dessen Be-  
nehmen in dem jetzigen Klassenkampf allerdings das wiederholt  
gegen ihn geäußerte Mißtrauen im vollsten Maße rechtfertigt.  
Macdonald ist ein sehr schlauer Patron, ein geriebener Schotte\* —  
man braucht nur einen Blick auf das vom "Beehive" veröffentlichte  
photographische Portrait zu werfen —, der sich über die Tragweite  
seiner Handlungen mathematisch klar ist; seine Handlungen sind  
aber durchweg derart, daß sie entweder das Werk eines Unzu-  
rechnungsfähigen oder raffiniert darauf berechnet sind, die  
Kohlenarbeiter zu verwirren und unter die Zuchttritte der Kapi-  
talisten zu bringen. Wir werden nach Abschluß der gegenwärtigen  
Krise Gelegenheit haben, die von Hrn. Macdonald und sonstigen  
Gewerkschaftsgrößen ähnlichen Kalibers gespielte Rolle übersichtlich  
zu beleuchten. — Der Strike der Kohlenarbeiter von Cleveland  
ist beendet; die Arbeiter haben sich von ihren "Führern" zur  
Annahme eines Schiedsgerichts überreden lassen und die Folge  
ist: daß ihnen schlimmere Bedingungen aufgetrieben worden sind  
als diejenigen waren, welche sie ursprünglich zur Arbeitseinstellung  
bewogen! (S. "Beehive" vom 27. Juni, S. 4.) Auch diesen  
famosen "Erfolg" der Schiedsrichterei werden die englischen Ar-  
beiter sich hinter die Ohren schreiben! — Im Uebrigen ist der  
Stand des Konflikts im englischen Kohlenwerke wesentlich un-  
verändert.

— Aus Berlin kommt die Kunde, daß die preussische Regie-  
rung ihren Staatsanwälten befohlen habe, die Sozialdemokraten  
recht scharf ins Auge zu fassen und "nachdrücklich und unverzüglich  
einzuschreiten, wo die sozialdemokratische Parteibewegung die Grenze  
des Gesetzes überschreiten sollte".

Für uns, in dem Sinne, wie sich Hr. Bismarck und Stieber  
die Sache vorstellen, von gar keinem Belang! Aerger, als sie es  
bisher getrieben, können es die preussischen Staatsanwälte un-  
möglich treiben, und die preussische Regierung muß den Bela-  
gerungszustand über das ganze Reich verhängen, wenn sie  
unserer Agitation noch mehr Hemmnisse in den Weg legen will,  
als sie bisher gethan. Und auch dann wollten wir noch getroßt  
als sie bisher gethan. Und auch dann wollten wir noch getroßt  
die Partie annehmen und sehen, wer länger ausdauert, die preussische  
Regierung mit dem Belagerungszustand oder wir.

Wir laden der Anstrengungen preussischer Staatsanwälte. Nach-  
dem die Münchener Polizei unsere dortigen Parteigenossen  
verhaftet und im Bunde mit den Münchener Bierwirthen  
durch ihre unerdrossenen Anstrengungen unserm Münchener Partei-  
organ, dem "Reizgeist", in wenigen Wochen 3000 neue Abon-  
nenten verschafft hat, dürfen wir doch auch hoffen, daß uns die  
preussischen Staatsanwälte bald mit ähnlichen Resultaten beglücken  
werden. Und nicht wahr, Herr Lessendorf, das leidet schon Ihr  
"Ehrgefühl" nicht, daß Sie hinter die Münchener Polizei zurück-  
bleiben? Also immer ein ins Vergnügen!

— Das Gesuch Mosts um vorläufige Haftentlassung ist nun  
auch vom Kammergerichte abschlägig beschieden worden. So ge-  
nannte Präventivhaft soll nur in solchen Fällen stattfinden, wo zu  
besorgen steht, daß der Angeklagte sich durch Flucht der ihm  
bedrohenden Strafe zu entziehen versuche werde. Bei Most, den  
die Flucht politisch tödtlich machen würde, und der überdies durch sein  
politisches Vorleben genügend bewiesen hat, daß er für seine Han-  
dlungen voll einzustehen und seinen Feinden nicht aus dem Wege  
zu gehen pflegt, kann aber eine solche Befreiung nicht im Ernst  
begehrt werden. Trotzdem hält man Most in der Präventivhaft.  
Es gibt eben "Nichter in Berlin".

### Die Partelpresse.

II.  
Segen wir unseren Rückblick auf die Erfahrungen, die die  
Partei mit ihren Organen gemacht hat, fort.

Der Versuch in Hamburg wurde überall mit großen Hoff-  
nungen begrüßt. Was in kleinen Städten gelangen war, mußte  
auch in einem Centrum der Arbeiterbewegung, in welchem so tüch-  
tige Männer an der Spitze der Bewegung stehen, erst recht ge-  
lingen. Woran scheiterte das Blatt in Hamburg? Unsere Frak-  
tion war damals dort weit schwächer als jetzt, die Mehrheit der  
sozialistischen Arbeiter noch persönlich gegen unsere Freunde ein-  
genommen, der "Socialdemokrat" sehr verbreitet. Für ein täg-  
liches Blatt wäre also der Leserkreis wohl noch nicht vorhan-  
den gewesen; das Wochenblatt aber, das man erscheinen ließ, ent-  
sprach, obwohl es vortrefflich redigiert war, doch nicht dem prakti-  
schen Bedürfnis, das durch ein Lokal- und Provinzialblatt befrie-  
digt werden soll. Man will rasch und billig annoncieren können,  
um nicht mehr der feindlichen Presse, die uns verböhnt und ver-  
läumdet, unser Geld zuzutragen. Man will ein Organ für Kritik  
und Beswerden aller Art haben, um Mißhandlungen und Aus-  
sicherungen seitens der Bourgeoisie und ihrer Behörden rasch, auf  
reizlicher That an den Pranger zu stellen, um uns gegenseitig zu  
helfen, anzuspornen, wohl auch um uns gemeinschaftlich über die  
Beschränktheit unserer Gegner zu amüsieren. Wir wollen uns den  
Beschwerden ersparen, uns in jeder Zeitung, die wir in die Hand  
nehmen, beschimpft oder, was noch verlegender ist, väterlich be-  
rathen oder behermen zu sehen, und da uns ein persönliches  
oder geschäftliches Bedürfnis zwingt, unter allen Umständen irgend  
ein Tagblatt zu lesen, so wollen wir eines haben, das uns die  
andern überflüssig macht und uns zudem reinen Wein als die  
andern eintränkt. Das ist der Zweck eines Lokalblatts. Kann  
dieser Zweck durch eine Wochenansgabe erreicht werden? Nein.  
Natürlich lohnte es sich auch für ein Wochenblatt nicht, eine  
eigene Druckerei anzuschaffen. Damit war zugleich der im vorigen  
Artikel angezeigte Weg, sich die Kosten eines Blattes bedeutend zu  
erleichtern, versperrt.

Auch unsere jüngeren Organe in München, Mainz, Nürn-  
berg und Stuttgart beweisen, daß die Schwierigkeiten der Her-  
ausgabe einer Zeitung bedeutend leichter überwunden werden  
können, wenn der Betrieb einer Druckerei damit verbunden ist. Endlich  
hat der "Volkstaat" selbst, indem er sich von dem Privatunter-  
nehmer, an den er durch die Umstände lange gebunden war, eman-  
zipierte und seine eigene Offizin errichtete, diese Lehre bestätigt.  
Wir hätten auch die Berliner "Demokratische Zeitung" anführen  
können, die diese Lehre mit ihrem Leben bezeugt hat; allein dieses  
Blatt gehört nicht in den Rahmen unserer Erörterungen, weil es  
ein eigentliches Parteiorgan gewesen ist. Nur einige Wochen hin-  
durch versuchte ein Redacteur ihm diesen Charakter aufzuprägen;

der Versuch stieß jedoch auf den Widerstand einiger Gekländer und  
endete mit dem Rücktritt des betreffenden Redacteurs.

Es versteht sich von selbst, daß der Mangel einer eigenen  
Druckerei nicht die einzige Ursache ist, wenn mehrere unserer Organe  
nicht den gewünschten Erfolg hatten, und daß umgekehrt der Be-  
sitz einer eigenen Druckerei noch keine Garantie des Erfolgs ist;  
aber soviel dürfte wohl bewiesen sein, daß die Parteigenossen an  
verschiedenen Orten, die die Gründung eines Lokalblatts wagen  
wollen, sich durch das Mißlingen früherer Unternehmen nicht ab-  
schrecken lassen dürfen, sondern einfach den bei denselben began-  
genen Fehler vermeiden müssen. Wir möchten diesen Wunsch nach  
allen jenen Städten richten, an welchen sich das Bedürfnis eines  
Lokalblatts mehr oder weniger lebhaft geltend macht, insbesondere  
nach Köln, Magdeburg, Breslau, Leipzig, Berlin, Kö-  
nigsberg und hoffentlich auch Hamburg. Die Versuchung, die  
Zeitung in einer bestehenden Druckerei herstellen zu lassen, anstatt  
sie auf eigene Rechnung zu drucken, ist allerdings oft sehr groß,  
Beschränktheit der Mittel, billige Offerte eines Druckereibesizers,  
oder der Wunsch, einem solchen nützlich zu sein, namentlich wenn  
er zur Partei gehört, mögen hier und da zu diesem Mißgriff verle-  
iten haben. Allein das Interesse der Partei darf in so wichtigen  
Dingen nicht der Gefälligkeit gegen Einzelne zum Opfer gebracht  
werden, und wo man nicht über die Mittel verfügt, um die Sache  
so anzufangen, daß sie Erfolg verspricht, da muß man sich eben  
noch gedulden.

Im nächsten Artikel sollen nun die Vorbedingungen für die  
Gründung eines Lokalblatts erörtert, sowie einige Rathschläge über  
die Art und Weise, wie die Sache anzufangen ist, erteilt werden.  
C. H.

Folgende Delegirte zum Coburger Congress sind bis jetzt an-  
gemeldet worden:

- Württembergische Mitgliedschaften: Th. Bardgardt und G.  
Bronnenmaier; Magdeburg und Vadum: W. Klees; Würzburg:  
M. Beckler; Nürnberg: Grillenberger, Schram und Baumann;  
Stuttgart und Pöberberg: B. Fischer; Esack und Mühlhausen:  
W. Bod; Hurburg und Wandersbeck: Th. Jörd; Mainz: Ph.  
Müller; Garmisch: Fischer; Königsberg: Speil; Nürnberg: E.  
Koland; Oberan und Müllen St. Michla: A. Geib (derselbe  
ist auch vom Ausschuß delegirt); München: E. F. Rid und Geiser;  
Schweinau und Gleishammer: Schwanebeck; Fürth: Löwenstein;  
Ladenwalde: Ehrhardt.

Hamburg, 4. Juli 1874. August Geib, Rödningmarkt 12.

### Gewerkschaftliches.

#### Anforderung in Betreff der „Gewerkschafts-Union“.

Da das Manuscript des Protokolls vom Magdeburger Ge-  
werkschafts-Congress nunmehr in unseren Händen ist, werden die  
Vorortverwaltungen und Bevollmächtigten aller Gewerkschaften  
hierdurch aufgefordert, dem Unterzeichneten sofort mitzutheilen,  
wie viele Exemplare dieselben wünschen, damit dem entsprechend  
die Höhe der Auflage bestimmt werden kann. Der Preis wird  
voransichtlich 1/2 Sgr. pro Exemplar nicht übersteigen, sofern  
mindestens 2000 Exemplare bestimmt werden. Gleichzeitig wer-  
den die Empfänger der unter hertigem versandten Unions-  
Statuten um deren Verbreitung an die Bevollmächtigten der betr.  
Gewerkschaften ersucht.

Hamburg, den 4. Juli 1874.  
Die Central-Verwaltung.  
J. A.: Th. Jörd.

#### Allgemeiner Löpferverein für Deutschland, Oestreich und die Schweiz.

Hamburg, 3. Juli. Folgende Mitglieder wurden noch in die  
Verwaltung gewählt: Louis Gebest, 2. Vorsitzender; Friedrich  
Nissen, Cassirer; Wilhelm Schröder, Aurel Wades, Hermann  
Faldt, H. G. Best, Carl Westpheling, Beisitzer. Die Adresse des  
Cassirers ist Friedrich Nissen, Schulterblatt Nr. 89, 2. Etage  
Altona, und sind Gelder nur an denselben abzugeben. Ferner  
ersuchen wir, den Bezug streng von Lübeck fern zu halten da die  
dortigen Collegen wegen Vohrerhöhung mit ihren Arbeitgebern in  
Unterhandlung stehen. Die Sache der Lübecker Collegen ist bei  
eintretenden Eventualitäten als Vereinskasse erklärt; sollte ein  
Kampf nöthig sein, so werden die Mitglieder ihre Schuldigkeit  
thun und dieselben thätig unterstützen.

Sämmtliche Bevollmächtigte sowie Beitragsammler, die bei mir  
angemeldet sind, sind bestätigt.  
Mit socialdem. Gruß  
Julius Wilske, Vorsitzender, Speesgang 33.

#### Metallarbeitergewerkschaft.

Leipzig. Meine Adresse ist jetzt Hohe Straße 19, Dierge-  
bäude, 1 Tr. bei Schulz. Sprechzeit von früh 6 1/2—7 und  
Abends von 6—8 Uhr. Mittags nur von 12—1 Uhr. Bayerische  
Straße Nr. 9 e 4 Tr. links. Ludwig, Brodum.

Braunschweig, 2. Juli. Anfrage! Unterzeichnete richten im  
Namen der hiesigen Metallarbeiter-Gewerkschaft an den  
auf dem Eisenarbeiter-Congress in Hannover gewählten Ausschuß  
die Frage, aus welchen Gründen der Kasseler Congress vertagt ist  
da doch auf dem Congress zu Hannover der Beschluß gefaßt wurde,  
daß selbiger am 5. Juli a. o. in Kassel stattfinden sollte. Steht  
der Ausschuß über dem Congress oder der Congress über dem  
Ausschuß?

Im Interesse der allgemeinen Sache erbitten wir uns auf die-  
sem Wege Antwort.  
J. A.: E. Ulrich, E. Schubert, D. H. Müller.

#### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Diejenigen Mitgliedschaften, welche noch nicht im Be-  
sitz eines Ortstempels sind, werden ersucht, selbigen in Gotha  
anfertigen zu lassen. Der Preis ist 1 Thlr. 5 Gr. Es ist dies  
um so mehr zu empfehlen, als dieselben gleichmäßig und egal  
wären. Doch ist obiger Preis pränumerando einzulösen. Die  
Regensburger Genossen warnen vor Zuzug, weniger um einen  
Strike zu proklamiren als um den Arbeitnachweis in ihre Hände  
zu bekommen. Wir ersuchen die Collegen allerorts, die Regens-  
burger in diesem Streben zu unterstützen.  
Arbeiterfreundliche Blätter wollen von Obigem Notiz nehmen.  
Ja Viebrach ist Bevollmächtigter Franz Salzmann, Cassirer  
Jacob Haus, Schriftführer J. Gaugner, Revisor N. Haas.  
W. Bod.

#### Correspondenzen.

Heilbain. Sonntag den 28. Juni feierten wir unser  
Arbeiterfest. Eröffnet wurde dasselbe mit einer Volksversam-  
lung, in welcher W. Fint zu Aller Zufriedenheit referirte.  
Besucht war die Versammlung zu zwei Dritttheilen von Handwer-

lern, was um so erfreulicher ist, da sich dieselben bis jetzt fern  
gehalten haben. Bekommen die Handwerker einmal Interesse an  
unserer Bewegung, so sind sie auch bald für uns gewonnen, was  
für unser Städtchen von großer Wichtigkeit ist, da die Handwerker  
hier vorherrschend sind. — Nach der Verammlung b-sprachen die hiesi-  
gen und anwesenden Köchler, Laufstücker und Frohbarger Partei-  
genossen die Wahl eines Delegirten zum Congress nach Coburg,  
und einigte man sich schließlich dahin, W. Fint aus Leipzig das  
Mandat zu übertragen. Die Mitgliedschaften zu Penig, Lunzenau,  
Wechselburg, Colditz u. s. w. fordern wir hiermit auf je ein Man-  
dat auszufüllen und an W. Fint, Expedition des "Volkstaat"  
Leipzig, zu schicken. Jeder Ort muß zum Congress vertreten sein.  
Mit socialdem. Gruß  
G. Stahl.

Erfurt, 25. Juni. Am 15. d. M. hielten wir hierorts eine  
Volksversammlung ab, in der W. Kaiser aus Weisla über die  
"Reichsfeinde" sprach; den Vorsitz führte Frey und Unterzeichneter  
war Schriftführer. In andertthalbstündiger Rede erledigte Re-  
ferent sein Thema in trefflicher Weise und forderte zum Schluß  
seines Referats zum Abonnement auf den "Volkstaat" und zum  
Eintritt in die Partei auf.  
F. Fahrenkum.

Arnstadt im Juni. Vor Kurzem fand hier eine Volksver-  
sammlung statt, in welcher Herr Jörd aus Hamburg über die  
aufgestellte Tagesordnung: "Die Thätigkeit und der Nutzen der  
Gewerkschaften" sprach. Nach Constitutionirung des Büreaus erhielt  
Referent das Wort, und überbrachte er zunächst einen Gruß der  
Gewerkschaften in Hamburg. Zur Tagesordnung übergehend,  
beleuchtete derselbe in einem längeren gebiegenes Vortrag die  
Entstehung der Gewerkschaften. Die Revolutionen von 1789,  
1830 und 1848 hätten schon eine tiefe soziale Grundlage gehabt,  
sie hätten aber doch unterliegen müssen. 1848 hatten wir ein  
freies Vereins- und Versammlungsgesetz, welches zum Theil zur  
Bereinigung der Arbeiter führte, doch die darauf eintretende Re-  
aktion unterdrückte die zur Aufklärung des Volkes gegründeten  
Bereine oder lenkte sie in andere Bahnen. Dieselben nannten sich  
dann Arbeiterbildungsvereine. Die gegründeten Vereine von  
Schulze-Delitzsch hätten auch keine Besserung der Lage der ar-  
beitenden Klassen herbeigeführt, was die Borschuß-, Consum- und  
Koststoff-Bereine bewiesen, welche dem Arbeiter gar keinen oder  
doch nur einen kleinen Nutzen brächten, vielmehr dem kleinen  
Handwerker, sowie den Unternehmern zu Gute kämen. Die Or-  
ganisation sei das beste Mittel, die traurige Lage der Arbeiter zu  
verbessern, gegenüber den Ausbeutungen der Fabrikanten; auch  
ziele die Bewegung darauf hin, in politischen Verhältnissen mit-  
zusprechen und die Gesetze mit zu berathen, die heutigen gefell-  
schaftlichen Verhältnisse mit zu regeln, und dem Arbeiter den  
vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Durch die Gesetzgebung  
könne nur die heutige Lage gebessert werden. Referent verglich  
England mit Deutschland, und hob hervor, daß im ersteren Lande  
durch die Organisation der Arbeiter eine 9-stündige Arbeitszeit  
und bessere Löhne erzielt worden seien, in Deutschland seien wir  
noch nicht so weit. Der Staat habe die Gesamtheit vor Elend  
zu bewahren, aber er unterstütze nur die besitzenden Klassen durch  
Borschuß- und Binsgarantien bei Eisenbahnbauten u. s. w., für  
die Arbeiter aber geschehe gar nichts.

Nachdem Referent noch die Vortheile der Gewerkschaften für  
b: Arbeiter hervorgehoben und zum Beitritt aufgefordert hatte,  
schloß derselbe seinen Vortrag unter großem Beifall der Versam-  
lung. Sollte Herr Jörd, was allgemein gewünscht wird, bald  
wieder nach Arnstadt kommen, so können wir ihm schon jetzt eines  
großen Zuspruchs versichern.

Da nach Aufforderung des Vorsitzenden sich Niemand mehr  
zum Wort meldete, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf  
unsere gerechte Sache geschlossen. Wir können auch freudig mit-  
theilen, daß unsere Gewerkschaft von Woche zu Woche wächst, und  
Zählungen ein gutes Feld ist für die Bewegung. Unser Häuslein  
hat es sich zur Aufgabe gestellt, mit beizutragen zu einer Besser-  
gestaltung der Lage der arbeitenden Klasse. Mit Gruß  
W. B.

Fürth, 29. Juni. Heute haben die Metallschläger die Arbeit  
eingestellt, und zwar aus nachfolgenden Gründen. Im Dezember  
v. J. sang in Folge des Borschuß- und der Ueberproduktion,  
das Geschäft zu stocken an, was zur Folge hatte, daß der Preis  
der Waare und demzufolge auch die Löhne herabgedrückt wurden,  
die Meister machten zu Weihnachten und Ostern einen Lohnabzug  
von 5 Prozent, was sich die Schiffsen ruhig gefallen ließen. Vor  
14 Tagen wurde nun abermals ein Abzug von 10 Prozent ge-  
macht, was zur Folge hatte, daß am Mittwoch, den 24. d. M.  
in einer Versammlung die Schiffsen erklärten, um diesen Lohn  
nicht mehr arbeiten zu wollen und daß sie am 29. die Arbeit ein-  
stellen würden. Donnerstag, den 25. hielten die Meister Ver-  
sammlung und beschloßen, Montag, den 29. ihre Werkstätten zu  
schließen, damit diejenigen, die um jeden Preis arbeiten wollten,  
mit an der Arbeitseinstellung Theil nehmen müssen. Diese Maß-  
regel wurde nun auch heute ausgeführt. Natürlich nur deshalb,  
weil die Meister durch das Sinken des Stricks selbst große Ver-  
luste erringen. Es sind nun in Folge dieser Vorkommnisse  
500 Personen brodlos, wovon die Hälfte weiblichen Geschlechts.  
Der Kampf wird ein sehr hartnäckiger werden, weil einerseits der  
Geschäfts-gang als ein nicht sehr günstiger zu bezeichnen ist, sodann,  
weil die Lager der Kaufleute überfüllt sind. Was den Strike  
als solchen anbelangt, so müssen denselben selbst die Kaufleute als  
einen vollständig gerechten bezeichnen, und zwar um so mehr, als  
das Metallschläger-Gewerbe eines der kraftanstrengendsten ist, was  
daraus zu erkennen ist, daß ein Mann mit 40 Jahren dasselbe  
nicht mehr recht betreiben kann. Die in dem Gewerbe beschäftigten  
Mädchen und Frauen sind den ganzen Tag dem gesundheitschä-  
dlichen Metallstaub ausgesetzt, was zur Folge hat, daß sie meistens  
theils an der Schwindsucht dahinsinken, außerdem ist ihnen weder  
eine Besper- noch Mittagspause gegönnt, und man kann mit Recht  
sagen, daß sie schlechter daran sind wie ein Karren-Saul. Der  
Lohn war in letzter Zeit im Durchschnitt 9 fl. für Männer, für  
Frauen 4 1/2 fl. Man wird daraus sehen, daß diese Leute sich  
in einer sehr bedauernden Lage befinden. Da die Mehrzahl  
der Strikenden verheiratet ist, so ist schnelle Hilfe von doppeltem  
Werth; ich fordere daher die Arbeiter aller Geschäfs-Branchen  
auf, die Strikenden nach Kräften zu unterstützen.

Im Auftrag:  
G. Goh, Raduigstraße 3, Bevollmächtigter der  
Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Etwaige Unterstützungen sind an obige Adresse zu senden.  
Lörrach. Obwohl im hiesigen Arbeiterbunde seit einiger Zeit  
eine sehr große Klauheit herrscht, indem von nahezu 300 Mit-  
gliedern kaum 30—40 bei den Versammlungen anwesend sind, so  
ist doch in letzter Zeit unter den Wenigen, die noch Energie ge-  
nug besitzen, dem Kapital thätig entgegenzutreten, eine Ge-  
wesenheit der Schneider ins Leben gerufen worden. Wir hoffen,  
daß dieser Schritt hauptsächlich unter den Arbeitern hiesiger Stadt

\* 1 Engländer, 7 Irländer in der Liste; 1 Jude 7 Engländer,  
1 Schotte 7 Juden, und 1 Panter (Amerikaner der Neu-England-  
Staaten) 7 Schotten — sagt ein englischer Schriftsteller.

den gewünschten Eindruck nicht verschlehen wird und dieselben zu dem Schlusse gelangen, daß die Arbeiter durch Organisation dem Kapital gegenüber aufstehen können. Hier in Vorrath ist unter den Kleinrentnern, besonders aber den Schreibmeistern (Großproduzirende sind hier nicht) der Bahn vorherrschend, die Arbeiter hingen von deren Huld und Gnade ab, was man deutlich daraus erkennen kann, daß ein solcher Herr Schneidermeister, als er Wind von der Entstehung einer Genossenschaft bekam, drei Arbeiter, die besonders an der Gründung derselben theilhaftig waren, sofort entließ, was denselben jedoch wenig Kummer machte, indem die ersten Vorbereitungen, z. B. Miethe eines Arbeitslokals u. dergleichen, bereits stattgefunden hatten. Wir hoffen, daß diese Genossenschaft, obwohl dieselbe von den Gegnern zu leiden haben wird, doch von den Arbeitern in jeder Hinsicht unterstützt werden wird, und so wünschen wir von Herzen derselben ein reiches Gedeihen und Blühen. Hoch die Organisation, hoch die Solidarität der Arbeiter! C. K.

**Berlin, 2. Juli.** Die hiesige „Voss. Ztg.“, Organ der Radikalschrittspartei („Erben der Demokratie von 1848“) bringt heute unter Locales folgende interessante Mittheilungen: „Nicht nur gegen den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Hasenlocher, sondern auch gegen die übrigen Mitglieder des Vorstandes dieses Vereins, den Redakteur Hasenlocher, den Vereinssekretär Derossi, den Kassirer Kadau, den Zimmermann Finn und den Cigarrenmacher Ede ist wegen des Zuwiderhandelns gegen die §§ 86 und 16 des Vereinsgesetzes die Voruntersuchung eingeleitet worden. Diese Voruntersuchung bezieht sich in gleicher Weise auch auf die sozialdemokratischen Spezialvereine (?) welche mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein in Verbindung stehen, so auf den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverband (Vorsitzender Hasenlocher), den Zimmererbund (Vorsitzender Kapell), den Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhaener-Verein (Vorsitzender Hurlmann und Grottkau). Gegen die „Führer“ der Eisenacher sozialdemokratischen Partei gedenkt die Staatsanwaltschaft am hiesigen Stadtrichter, wie wir erfahren, binnen kürzester Frist wegen desselben Vergehens vorzugehen!“

Nur zu Herr Tesendorf und Consorten, zeigen Sie Ihr staatsverrätherisches Genie, bringen Sie unsere Führer unter Anklage, wir lernen keine Führer, können auch trotz aller Anstrengung keine entdecken; aber bei Tesendorf ist ja kein Ding unmöglich; weshalb sollten keine Führer zu finden sein, wenn andere Leute auch in ihrem beschränkten Unterthanenverstande keine finden und gegen solche energisch protestieren würden, sollte Jemand nach der Führerschaft greifen! Der Staat aber ist in Gefahr, folglich muß die Sozialdemokratie vernichtet werden, nicht wahr? Und dies gelingt durch Auflösen, Hochverrathsprozesse und sonstige Kleinigkeiten!?? Weit gefehlt. Der Artikel in obiger Zeitung fährt dann fort: „Was die polizeiliche Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins betrifft, so verheißt man sich in den theilnehmenden Beamtenkreisen nicht, daß damit nicht viel erreicht sei! (Aha!) deshalb müssen andere Seiten aufgezogen werden und stellen nun die theilnehmenden Beamtenkreise folgendes in Aussicht: Auch ist die Verlegung des Hauptbüros des Vereins und eine Statutenänderung ganz bedeutungslos, wenn der hiesige Verein, gleichviel wie er sich in Zukunft bezeichnet, in seinen Mitgliedern, Leitern und Statuten im Wesentlichen derselbe bleibt. In jedem Falle würden, wenn die Identität des neuen Vereins mit dem geschlossenen Vereine durch die in dem neuen Vereine als Leiter und Redner hervortretenden Persönlichkeiten oder durch andere Momente erkennbar ist, die Maßregel der Schließung auch dem neuen Vereine gegenüber zur Geltung gebracht und demgemäß die Vereinsversammlungen inhibirt werden!“

Dies bedarf keines weiteren Commentars; gegen das, was den Sozialdemokraten dort in Aussicht gestellt, giebt es nur Eines: Jeder Arbeiter muß seine Klassenlage begreifen und eintreten mit ganzer Kraft und voller Ueberzeugung für unser Parteiprogramm, muß sich einschreiben lassen in die Listen unserer Partei und so protestieren gegen jede Vergewaltigung! Arbeiter, abonniert auf den „Volkstaat“, unser Parteiorgan, damit dies unser Vortragsort sei, wenn obige in Aussicht gestellten Maßregelungen eintreten und woraus wir immer und stets neue Kraft zum Festhalten an unseren Grundfragen gewinnen! Hoch die Sozialdemokratie!

**Wien, 29. Juni.** Unser Parteigerosse A. Scheu wollte nach Deutschland übersiedeln und sollte auf der Reise dahin im Auftrage der hiesigen Parteigenossen an verschiedenen Orten in Wäbren und Böhmen Versammlungen einberufen und dort sprechen. Die freien Versammlungen wurden jedoch überall von der Polizei verboten, weshalb er sich vornahm in Brünn in einer Vereinsversammlung als Gast zu reden, welches strafliche Vorhaben er aber nicht zur Ausführung bringen konnte, da er schon vor Beginn der Versammlung durch Gendarmen verhaftet und nach mangelhafter Quälereien in Zwittau wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 8 Tagen Arrest verurtheilt wurde. In den „Gründen“ dieses Urtheils wird unter Anderem gesagt, daß er, wenn er gesprochen hätte, „zweifellos“ auf die Arbeiterbewegung bezug nehmende Reden gehalten hätte, was nur durch Einschreiten der Ortspolizei verhindert wurde. Er sah nun ein, daß es derzeit in Oesterreich nicht möglich sei, von dem staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen und wollte sich nach verübter „Strafe“ über Prag in das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte begeben, um vergleichende Studien zwischen I. Oesterreichischer und preussischer „Freiheit“ anzustellen. In Prag aber wurde seine Anwesenheit ausprobiert und obwohl er nicht einmal einer Sitzung, geschweige denn einer Versammlung beigewohnt, überhaupt keinerlei politische Thätigkeit entwickelt hatte, verhaftet. Die Freudenbotschaft wurde nach Wien telegraphirt und das ganze „demokratische“ Saubirten-Corps stimmte einen Inbelsbannus an und leitendste schreckliche Roubergeschichten von einer sozialdemokratisch-joderalistisch-bakunistsch-nihilistischen Verschwörung von dem „Geheimbunde“ der in Neudorf beschloßen worden sei, von hochverrätherischen Papieren und Correspondenzen, die man bei Scheu gefunden und verglichen mehr. Scheu wurde unterdessen vom Bezirksgerichte an das Landesgericht, von diesem, weil es mit ihm nichts anzufangen mußte, an die Polizei-Direktion und von letzterer wieder an das Bezirksgericht „eingeliefert“, und hier endlich, da zu einer Verurtheilung wegen eines politischen Delictes absolut jeder Anhaltspunkt mangelte, wegen „Pamphleterei“ wieder zu 8 Tagen Arrest und zur Reise mit Zwangspass, aber auf eigene Kosten, nach Wien verurtheilt. Auf einen Refus verzichtete er, weil er die Erledigung desselben hätte in Haft abwarten müssen und schließlich die erstinstanzliche Entscheidung doch bestätigt worden wäre. Wir kennen unter Pappenheimer! — In dem Urtheile war unter Anderem ausgeführt, daß die 36—37 fl. östr. W., die Scheu noch bei sich hatte, zur Reise von Prag nach Deutschland nicht genügend seien. Vergebens bemühte sich Scheu, dem Polizeigenie begreiflich zu machen, daß diese Summe dann ja noch viel weniger genügend sein könne, wenn er zuerst noch einmal nach Wien, woher er eben komme, gehen müsse, — der „weife

und gerechte Richter“ erwiderte ihm: „Aber wir können Sie als Wiener doch nicht mit Zwangspass ins Ausland schicken!“ Scheu reiste also nach Wien und holte sich bei der hiesigen Polizei-Direktion seine Papiere. Dort wurde ihm vom Polizei-Commissar Pefler, demselben, dem im Dezember 1869 Hartung so glücklich entwich, bedeutet, daß er binnen 8 Tagen einen „ehlichen Erwerb“ nachzuweisen habe, widrigenfalls er nach dem Bagabundengesetz behandelt werden würde. Scheu hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als sich dieses Gesetz zu kaufen und nun ward uns mit einem Male die ganze Niederträchtigkeit dieser Verurtheilung klar. Wir hatten anfangs die ganze Geschichte für eine harmlose Polizeigemeinheit gehalten, etwa für einen schätternen Versuch, die Partei zu infamieren, nun sehen wir aber, daß das ganze Gesetz, 24. Juni 1873 publizirt, eigens auf uns „zugechnitten“, eigens für die Sozialdemokraten gemacht ist. Ein nach dem Bagabundengesetz Verurtheilter kann, wie wir jetzt wissen, unter polizeiliche Aufsicht gestellt, es kann ihm der Besuch von öffentlichen Versammlungen und gewissen Lokalen verboten werden, es kann bei ihm jederzeit eine Durchsuchung seiner Wohnung und seiner Person stattfinden, er ist mit Einem Wort außerhalb der Verfassung gestellt und für vogelfrei erklärt. Hoffentlich wird das Organ der österreichischen Sozialdemokraten, die „Gleichheit“, dieses Gesetz abdrucken und Sie werden dann noch manchen Reiz darin entdecken. Scheu hat, nachdem er dieses Gesetz kennen gelernt, starke Lust verspürt, da zu bleiben, um zu sehen, was die Polizei ihm würde, wenn er sich in 8 Tagen nun doch nicht mit einem „ehlichen Erwerb“ meldete und nur die Sorge um seine Familie, die trotz aller von gewisser Seite mit Hartnäckigkeit ausgeführten Lügen und Verleumdungen noch nicht eine Stunde Noth gelitten, konnte ihn bewegen, dem I. I. Paradiese den Rücken zu kehren. Er ist letzten Sonntag nach London abgereist.

Für morgen (den 30.) ist eine Volksversammlung der sozialdemokratischen Partei einberufen, als deren erster Verhandlungsgegenstand „das Bagabundengesetz“ angesetzt ist. Ob die Versammlung wohl erlaubt werden wird? Wir zweifeln.

Die Parteigenossen der nachbenannten Orte werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen daß folgende

### Annoucienschulden pro 1873

Castell: Arb.-Part. f. Mai 18 Gr.; Offenbach a. M.: Schuhm.-Gewerksch. für September 8 Gr.; Spandau: Arb.-Part. für Septbr. 7 Gr.; Stuttgart: Buchbinderverein für August 20 Gr.; Wiesbaden: Schuhmacherverein für Juni 1 Thlr. 1 2.  
Für Annoucienschulden pro Oktober und November restiren: Dresden: Buchbinders. 10 Gr.; Hof: Genossenschaftsbuchdruckerei 1 Thlr.; Mainz: Arb.-Part. Filiale 7 Gr.; Offenbach: Arb.-Partei und Schuhmachergewerksch. 14 Gr.; Solingen: Arbeiter-Partei 8 Gr. Wandsbeck: Arbeiterverein 22 Gr.  
Für Annoucienschulden pro Dezember restiren: Berlin: Agitations-Comité 4 Gr.; Halle a. S.: Arb.-Partei 5 Gr.; Schw.-Gmünd: Filiale 10 Gr.; Solingen: Arbeiterpartei 6 Gr.; Wandsbeck: Arbeiterverein 9 Gr.  
Vorstehende Beiträge sind umgehend an die Expedition des „Volkstaat“ einzusenden.  
Zugleich machen wir bekannt, daß von Privat-Personen nur noch solche Annoucienschulden aufgenommen werden, denen der Betrag beigefügt ist. Geschäfts-Annoucienschulden, mit Ausnahme der Empfehlung von Parteischriften, werden vorläufig nicht mehr aufgenommen.  
Definitive Aufschreibung trifft der Congreß.  
Hamburg, 26. Juni 1874. Der Ausschuß. A. Weh. G. Benncke.

### Briefkasten

der Expedition. Friedrich hier 2 Thlr. 3. 6. Klempnerverein Hamburg Ann. 5 Gr. Brunn hier Ann. 4 Gr., Schrift 26 Gr. Metallarbeiter-Gewerkschaft hier Ann. 27 Gr. Sozial-dem. Arbeiterverein hier Ann. 25 Gr. Ant. hier Ab. 1 Thlr. 1. 5. D. Silje Neudorf. Ab. 1 Thlr. 15. Gehr. Reichensheim hier Ann. 20 Gr. Obitar u. Wf. Warghau Ab. 3. D. 16 Gr. J. Kin. Jembitz Ab. 3. D. 1 Thlr. 1. 5. J. Wäre hier Ab. 2. D. 1 Thlr. 30. W. Dr. — Dr. Heidelberg Ab. Juli 12 Gr. W. St. Magd. Ann. 16 Gr. F. A. Erg. Hohenfeld Ab. 2. D. 1 Thlr. 120. Thum hier Ab. 16 Gr. Div. Döllig Ab. 2. D. 1 Thlr. 1. 7. 5. Gengen hier Ab. 3. D. 1 Thlr. 2. 5. 5. Ann. Basel Schrift 15 Gr. 4 Pf. C. Fahr. Janowitz Ab. 3. D. 1 Thlr. 1. 4. A. F. 1. Röhrig. Ab. 3. D. 1 Thlr. 17. Ad. Wild. Ber. Steyr Ab. 3. D. 1 Thlr. 2. 8. Gldhorn hier Ab. Juli 3 Gr. Th. Kib Frankfurt Schrift 10. 25. 5. Hpf hier Ab. 1 Thlr. 1. 5. Sprung Gausch Ab. 3. D. 16 Gr. Schneiderverein hier Ann. 1 Thlr. 1. 16. D. Kahr hier Ab. 2. 3. D. 1 Thlr. 1. 5. Gewerksch. d. Holzars. hier Ann. 1 Thlr. 1. 2. Sektion der Tischler hier Ann. 4 Gr. C. L. Dürrenberg Schrift 8 1/2 Gr. J. Pris. Barjathly Schrift. 1 Thlr. 1. 12. C. Lrr. Wersich Ab. 3. D. 17 Gr. L. Nollern Crim.-misch Ann. 1 Thlr. 3. 22. Petersen in Heide: Ihre Annoucienschulden 18 Gr. Britt Oera: die Manus.-Gew.-Annoucienschulden 8 Gr. Hürer Zürich: Paket erhalten, die Responderung von 2 Thlr. für Protocolle 1873 ist vom Ausschusse in Hamburg, wollen Sie dort anfragen? C. Hiltz Augsburg: Die Responderung kostet 14 Gr. J. Kile Constanz: Nummer 75 unter Kreuzb. an Sie abgefaßt. R. Zitr. München: Auf Kreuzbandführung kann Postzuschuß nicht erhoben werden, senden Ihnen Verlangtes pr. Paket.  
der Redaktion. W. in Berlin: Der Festbericht ist in Nr. 76 enthalten. Auer's Adresse ist: Redaktion der „Südd. Volksstimme“ in Mainz. Das Abonnementverzeichniß können wir nicht bringen, weil die Post dessen Herausgabe verweigert.

Rund f. pol. Gemäßigtheit. B. G. Bde hier 10 Gr., v. Kegellus der Reichen 1 Thlr. 10.

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilscheine bez. Antheilantiquitäten erhielten ferner: In Erfurt 3. R. 1 Thlr. 3. G. F. 1 Thlr. 3.

### Anzeigen u. Vorläufige Anzeige.

**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonnabend, d. 18. Juli, Abds. 7 Uhr, Königshöbe, Grieswalderstr. 8:

### Allgemeines Volksfest

zum Besten der Inhaftirten. Programm: Großes Garten-Concert, angeführt von der Kapelle des Herrn Panzer. — Von 1/2 10 Uhr an: Bengalische Beleuchtung des decorirten Gartens. — Nach dem Concert im großen Saale: Festschmaus. — Chorgefang. — Ball. Entrée an der Kasse 3 Sgr. Billets in 2 1/2 Rgr. sind vorher beim Festcomité und in allen Versammlungen zu haben. Parteigenossen, sorgt namentlich für massenhafte Vertrieb der Billets. J. A.: Richard Bang.

**Berlin** Gewerkschaft der Manusfakturarbeiter. Sonnabend, d. 11. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung, Frankfurterstr. 84. — Beitrag.

Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen, und für Gewinn unrer Mitglieder mit größtem Eifer zu wirken. Die ständigen Mitglieder werden auf den im Mai gefaßten Beschluß aufmerksam gemacht.

Meine Adresse ist jetzt Elisabethstraße 47, Hof 3 Treppen. Ebr. Fider.

**Gera** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Künftigen Sonnabend, den 11. Juli: **Generalversammlung.** Tagesordnung: Halbjährlicher Rechenschaftsbericht und Vorstandswahl. In zahlreichem, pünktlichem Erscheinen laßt die Mitglieder ein Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: **Generalversammlung**, Windmühlensstraße Nr. 7. — Rechenschaftsbericht über die Krankenkasse wie über die Gewerkschaftskasse. Wahl des Krankenkassen-Ausschusses. Verschiedenes. Amt § 26 des Statuts haben alle Mitglieder zu erscheinen. Der Bevollm.

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des „Eborado“ regelmäßige Vereins-Sitzung. — T. D.: 1) Soz.-pol. Wochenbericht. Ref. Künzel. — 2) Diskussion über Punkt 5 des Programms: Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche. — 3) Fragekasten. Gäste willkommen. Freitag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im „Tranon“ des Restaurateurs G. Richter, Köhlpf. Nr. 9, Ecke der Sternwartenstraße: **Geschlossene Mitglieder-Versammlung.** Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Es wird erwartet, daß alle Mitglieder pünktigstmäßig erscheinen. Der Vorstand. [26]

**Schneeberg** Sämtlichen Hefigenossen von Rab und Jena welche unser Arbeiterfest durch Ihren zahlreichen Besuch und Ihre Mitwirkung verschönern laßen, sagt hierdurch den herzlichsten Dank Das Comité.

An die Genüßungs-Genossen in und um Augsburg. Der Unterzeichnete ersucht alle Genüßungs-Genossen im neuen Quartier für die Verbreitung der Parteipresse unermüdet thätig zu sein, und nicht durch ihren Männchen Genossen zurückzuführen, die im letzten Quartier durch ihre rastlose Agitation die Auflage des „Zeitgeist“ von 3 auf 40 gebracht haben. Nur durch das Lesen der „Partei-Presse“ und Sachverstand wird Klarheit ins Volk getragen. Abonnements auf den „Volkstaat“, „Zeitgeist“ und „Wochenblatt“ nimmt der Unterzeichnete entgegen, alle Einzelblätter werden abgegeben. J. Endres Müllerer Leb. C. 361.

### Steinmehlen-Gesuch.

Zwei gute Steinmehlen auf Granitstein einer in Sandstein, der andere in Granit können dauernde Arbeit bei gutem Lohn erhalten bei C. F. Petersen, Steinmehler in Heide (Holstein.)

Herr Bierwirth Maler J. in Heidelberg wolle seine Adresse an die Expedition des „Zeitgeist“ einleiten. München, 6. Juli 1874. Heinrich Krauß.

### Abonnements

auf die New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ wollen für nächstes Quartal schon jetzt gemacht werden, damit die Bestellung rechtzeitig geschehen kann und nicht Verzögerung im Versandt eintritt. Die Restanten des 2. Quartals wollen ihren Abonnementsbeitrag fort entrichten. — Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr. Pränumerando-Zahlung. Zahlreiche Aufträge sieht entgegen Leipzig. Die Expedition des „Volkstaat.“

Die Latern von Henri Rochefort, deutsch übersezt: Preis 16 Kr. oder 4 1/2 Sgr. pränumerando ist zu beziehen durch Eb. Kall Judengasse 156, Frankfurt a. M.

Meine Adresse lautet von heute an: J. Rotteler, Leipzig, Genossenschaftsbuchdruckerei Zeigerstr. Nr. 44.

### Sonntags-Blatt.

Organ für die Freidenker Deutschlands. Herausgegeben von Dr. Aug. Specht.

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Sonntags-Blatt“ die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit Verstand und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Lehren befreit werden kann, wird das „Sonntags-Blatt“ vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft kultiviren, der sich mit Entschiedenheit der Dinge beschäftigt und daher Original-Artikel, die Beschaffenheit und Entwicklung der Weltkörper, des Tierreichs, Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur a. w. u. f. w. bringt. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher u. dergl., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügen orientiren können. Man abonniert auf das in Gotha erscheinende „Sonntags-Blatt“ bei allen Postämtern und in allen Buchhandlungen zu dem alljährlichen Preise von nur 7 Gr. 5 Pf. Gotha. Stolberg'sche Verlagsbuchhandlung.

### Hepner's Bibliographische Centralagentur

(Gera, Gräbnerstraße 33) offerirt: Barnhagen, Tagebücher, Bd. 1—6 hat 18 für 12 Thlr. (Bd. 5 und 6 vollständig vergriffen.) Zimmermann, Geschichte des Bauernkriegs, 2 Bde. 2 Thlr. 21 Gr., Derselbe: Geschichte der Jahre 1840—60 1 1/2 Thlr. Edowitz, Geschichte der ungar. Revolution, 2 Bde. 1 Thlr. 24 Gr. Revolutions-Almanach (Göttingen), Jahrgang 1793—96, 1801—1803, m. Illustrationen, f. 6 Thlr.; Care social science 3 voll. 1859. 8 Thlr.; MacCallum, essays on economic polit. 1853, 2 Thlr.; Barnhagen's Tagebücher à Bd. 2 (hat 3) Thlr. Lamartine, neueste Werke, 45 Theile, hat 9 Thlr., 6 Thlr. Jada-Gesch. d. Revol. v. 48, Gesch. d. Girondisten, Gesch. der Restauration, 2 Bde., 2 Thlr. 12 Gr. Alle größeren und selteneren staatswissenschaftlichen Werke des Auslandes werden durch mich billig beschafft.

### Leipziger Hochverrathsprozess

12. (Schluß-) Lieferung. Die „angehaltenen“ Neben enthalten. 72 Seiten. Preis 2 1/2 Groschen.

### Christenthum und Sozialismus

Eine Polemik zwischen Hrn. Kaplan Hohoff in Düsseldorf und dem Verfasser der Schrift: „Die parlamentarische Theokratie des deutschen Reichstags und der Landtage u.“ 24 Seiten groß Octav. Preis 1 1/2 Rgr.

Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Postvorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Expedition des „Volkstaat.“

Leipzig: Verantw. Redakteur: W. Bretzger. (Abonnent u. Expeditionskasse.) Druck und Verlag von Genossenschaftsbuchdruckerei.